



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 10/2020

Antisemitismus ist ein Angriff auf die Demokratie

Kreis Bergstraße. Hinter Antisemitismus verbirgt sich mehr als eine feindliche Haltung gegenüber Juden, vielmehr ist er ein Angriff auf die Demokratie. Von daher geht es bei der Bekämpfung des Antisemitismus um nichts weniger als um die Verteidigung demokratischer Basisprinzipien. Dieser Auffassung ist zumindest der Berliner Journalist, Politologe und Historiker Dr. Martin Jander, der auf Einladung des Kreisverbands Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Heppenheimer Marstall zum Thema „Antisemitismus - Alte Gefahr in neuer Dimension mit neuen Gesichtern“ referierte.

Jander zeigte in einem historischen Abriss auf, dass es sich beim Antisemitismus um ein sehr altes Phänomen handelt. Festzumachen ist es daran, dass es sich beim Judentum um die erste monotheistische Religion überhaupt handelt. Wo früher Vielgötterei herrschte, war plötzlich nur noch ein Gott. Außerdem waren in dieser Religion keine Unterschiede mehr gemacht. Vor dem Gesetz waren auf einmal alle Menschen gleich. Eine Neuerung, mit der sich offenbar nicht wenige Menschen schwertaten und diese ablehnten.

Aus dieser Abneigung heraus hätten sich Stereotypen entwickelt, die heute noch in ähnlicher Form von Antisemiten verwendet werden. So würden seit dem christlichen Mittelalter Juden als mächtig, grausam, hinterhältig und nicht zu bändigen dargestellt. Deutschland selbst habe nicht nur durch den Nationalsozialismus ein sehr spezielles Verhältnis zu Juden. So seien bereits zuvor die Kaiser Wilhelm I. und II. offen antisemitisch gewesen. „Wenn die führenden Persönlichkeiten eines Landes den Antisemitismus nicht zurückweisen, sondern sogar befördern, dann wird das gesellschaftliche Klima vergiftet“, so Jander.

Adolf Hitler ging schließlich dazu über, historische Tatsachen zu verdrehen und „das Finanzjudentum“ sogar für den Ersten Weltkrieg verantwortlich zu machen. Die von Hitler angekündigte „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ wurde von den Nazis über alle anderen Ziele gestellt. „Damit hatte sich Deutschland von der Moderne verabschiedet“, erklärte der Historiker.

Antisemitismus sei jedoch kein rein rechtes Phänomen. So habe es in den Jahren 1952 und 1953 eine massenhafte Flucht von Juden aus der DDR gegeben. Auch die linke Propaganda entpuppte sich dort als antisemitisch. Den Juden sei vorgeworfen worden, das Tor zum amerikanischen Finanzkapital öffnen zu wollen, um auf diese Weise in die DDR einzudringen und sie so zu zerstören. „Zwar war es nicht dieselbe Sprache wie die der Nazis, doch Schoa-Überlebende verstanden sie deutlich“, sagte der Historiker.

Aus Sicht einiger Linker werde auch noch heute ein Negativbild gezeichnet. So sei der Zionismus ein Werkzeug zur Unterdrückung palästinensischer Arbeiter. Für Rechte würde durch die Juden gemeinsam mit Amerika der „deutsche Volkscharakter“ zerstört. Werkzeuge dafür seien die NS-Aufarbeitung in den Schulen oder die Einrichtung von Gedenkstätten.

Neben rechtem und linkem Antisemitismus müsse dem islamistischen Antisemitismus Aufmerksamkeit geschenkt werden. Besonders befördert wurde dieser durch die Muslimbruderschaft in Ägypten während der 1920er Jahre. Seit der islamischen Revolution im Iran 1979 könne von einem vernetzten islamistischen Terror gesprochen werden, der sich zum Ziel gesetzt habe, die Juden zu töten.

Als Möglichkeiten, Antisemitismus zu bekämpfen, zeigte Jander vier Aspekte auf. Zum einen müsse Aufklärung zu der Thematik betrieben werden. Zum anderen müsse den betroffenen Menschen eine Stimme gegeben werden. „Sie müssen die Gelegenheit bekommen zu sagen, wie etwa für einen Juden das Leben in Deutschland ist“, so der Wissenschaftler. Ferner müsse

Antisemiten die Plattform entzogen werden, ihnen also beispielsweise keine Räume für Veranstaltungen überlassen werden. Außerdem dürften auch repressive Elemente durch neue Gesetze oder die Anwendung der bereits bestehenden nicht vergessen werden.

Der Antisemitismus sei eine von vielen Krisenerscheinungen der demokratischen Kultur. Jander erinnerte daran, dass seit der Wiedervereinigung über 200 Menschen aus rechtsextremistischen Motiven getötet wurden. Eine Diskussion darüber sei allerdings erst nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke entstanden. „Den Mord an einem türkischen Blumenhändler hat kaum jemand gestört. Wenn es aber eine Gesellschaft zulässt, dass Menschen, die einer Minderheit angehören, getötet werden, dann hat sie ein Problem. Wir müssen sehen, was da um uns herum passiert“, machte Jander deutlich.

